

Gerechter Staat statt Sparpolitik Für eine bessere Zukunft!

Wir befinden uns in einer Zeit wirtschaftlicher Herausforderungen und wachsender sozialer Ungleichheit. Deswegen muss der Staat gezielte Investitionen tätigen. Nur so kann er zum Wohle aller die Grundlagen für eine nachhaltige Zukunft schaffen. Wir fordern eine gerechte Vermögensverteilung, eine zielgerichtete Förderung von Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit.

Dabei spielen die Einnahmequellen des Staates eine entscheidende Rolle. Dafür ist Folgendes notwendig:

- Die Einführung einer Erbschafts- und Vermögensteuer,
- die Reformierung der Schuldenbremse und die Ausschöpfung der Möglichkeiten durch Eigenkapitalerhöhungen,
- die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen.

Wir fordern die Reform der Schuldenbremse!

Seit 2009 steht die Schuldenbremse im Grundgesetz und hat damit Verfassungsrang. Seitdem schränkt sie die finanziellen Spielräume der Parlamente in Bund und Ländern ein und verhindert notwendige Investitionen in die Zukunft.¹

Darunter leiden vor allem die Generationen von morgen.

Die Schuldenbremse legt fest, dass die Regierungen des Bundes und der Bundesländer nicht mehr Geld ausgeben dürfen, als sie durch Steuern einnehmen. Der Haushalt des Bundes und der Länder muss demnach grundsätzlich ohne Kredite auskommen. Diese Regelung soll die Staatsverschuldung begrenzen. Das tut sie aber nicht.

Vielmehr schafft und begünstigt die Schuldenbremse Einbußen (Realverluste) in der Bildung, im Gesundheitssystem, im Klimaschutz, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Digitalisierung und in der Verkehrsinfrastruktur. Sie behindert Forschung, Entwicklung, Bautätigkeiten und staatliche Dienstleistungen. Die Schuldenbremse ist somit in Wahrheit eine Investitions- und Wohlstandsbremse und muss, auf Basis aktueller wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse, reformiert werden.²

¹ IW (2024, 12. Juni). Investitionen: Reform der Schuldenbremse könnte Deutschland 30 Milliarden Euro mehr Spielraum bringen. <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/martin-beznoska-tobias-hentze-michael-huether-bjoern-kauder-reform-der-schuldenbremse-koennte-deutschland-30-milliarden-euro-mehr-spielraum-bringen.html> [Pressemeldung]

² DGB (2024, 8. Mai). OECD & IWF gegen die Schuldenbremse. <https://www.dgb.de/aktuelles/news/oecd-iwf-gegen-die-schuldenbremse/>. [Pressemeldung]

Bundesjugendwerk der AWO e. V. • Michaelkirchstr. 17/18 • 10179 Berlin

Derzeit besteht bereits die Möglichkeit für staatseigene Unternehmen (z.B. Deutsche Bahn) Schulden aufzunehmen (Eigenkapitalerhöhung), die nicht von der Schuldenbremse begrenzt werden. Wir fordern, dass diese Möglichkeit mindestens bis zur Reformierung der Schuldenbremse ausgeschöpft wird.

Wir fordern eine sozial gerechte Steuerpolitik als Basis einer fairen Demokratie!

Vermögende, die problemlos zur staatlichen Finanzierung beitragen können, werden in Deutschland nicht zur Kasse gebeten. Deren Vermögen wird seit der Abschaffung der Vermögenssteuer (1997) nicht besteuert. Seitdem kostet die ausgesetzte Vermögensteuer Deutschland bislang über 380 Milliarden Euro.³ Stattdessen trägt ein Großteil der lohnarbeitenden Menschen ohne großes Vermögen den Staatshaushalt.⁴

In Deutschland ist der Anteil der von Armut betroffenen Menschen in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Gleichzeitig ist die Oberschicht immer vermögender geworden. Die extreme Ungleichheit ist auch Folge einer Steuerpolitik, die Vermögende bevorzugt. Die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften wurde in den letzten Jahren durchgehend verringert. Das Ergebnis ist ein ungerechtes und demokratiegefährdendes Ungleichgewicht.^{5,6}

Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit! Wir müssen Vermögen und Erbschaften besteuern.

Eine sozial gerechte Verteilung der Steuern fördert das Vertrauen in staatliche Einrichtungen, finanziert wichtige öffentliche Dienstleistungen, trägt zur sozialen Gerechtigkeit bei und führt nicht, wie häufig behauptet, zur Steuerflucht von Superreichen.⁷ Damit bildet sie das Fundament einer gut funktionierenden demokratischen Gesellschaft.

Wir fordern eine Verteilungspolitik, die vor allem jungen Menschen zugutekommt!

Eine Umkehr von der neoliberalen Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik muss mit mehr Gerechtigkeit beginnen und in einen zukunftsfähigen Sozialstaat münden. Die Bundesregierung muss in Projekte und Programme von überregionaler Bedeutung investieren und sie langfristig und strukturell fördern, damit die Zukunft der jungen Generationen gesichert ist:

³ vgl. Oxfam (2024, 2. Juli). Ausgesetzte Vermögensteuer kostet Deutschland bislang über 380 Milliarden Euro [Pressemeldung]. <https://www.oxfam.de/presse/pressemittelungen/2024-07-02-ausgesetzte-vermoegensteuer-kostet-deutschland-bislang-380>

⁴ Netzwerk Steuergerechtigkeit (2024). Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024. <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/infothek/jahrbuch-steuergerechtigkeit-2024/>

⁵ Hans Böckler Stiftung (2024, 19. Februar). Soziale Ungleichheit. <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20845.htm>

⁶ ZDF (2024, 10. Juli). Studie zur Vermögensverteilung - Deutschlands Superreiche werden immer reicher. <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/deutschland-vermoegen-verteilung-superreiche-100.html>

⁷ vgl. Oxfam (2024, 2. Juli). Keine Angst vor Steuerflucht.

- Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist das zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Der KJP ist damit auch entscheidend für die Arbeit von Jugendverbänden in Deutschland. Junge Menschen engagieren sich bundesweit freiwillig, ehrenamtlich und selbstorganisiert in Jugendverbänden. Ferienfahrten, Jugendclubs und politische Aktivitäten sind nur wenige Beispiele für das junge Engagement. Hier zeigt sich: Jugendverbände sind Werkstätten gelebter Demokratie, Lernorte politischer Bildung und Stützen der Zivilgesellschaft. Unser Ziel ist ein angemessen ausgestatteter Kinder- und Jugendplan mit mindestens 300 Mio. EUR sowie eine jährliche Inflationsanpassung, um die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen zukunftsfest erfüllen zu können.
- Rund 500 Jugendmigrationsdienste (JMD) bundesweit werden ebenfalls durch den KJP finanziert und unterstützen junge Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 12 und 27 Jahren durch Beratung, Bildungs- und Freizeitangebote. Einen Schwerpunkt bildet die langfristige, individuelle Begleitung Jugendlicher auf ihrem schulischen und beruflichen Weg. Ziel ist es, die soziale Teilhabe der jungen Menschen zu fördern und ihre Perspektiven zu verbessern. Die Respekt Coaches der JMD stärken dabei das Demokratieverständnis und fördern die demokratische Bildung junger Menschen an Schulen. In diesem Bundesprogramm arbeiten pädagogische Fachkräfte präventiv an Schulen, um junge Menschen vor Extremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu schützen. Ziel des Programms ist es, den Blickwinkel der Schüler*innen zu erweitern und unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen.
- Freiwilligendienste fördern das gesellschaftliche Engagement zugunsten des Allgemeinwohls. Sie bieten die Chance auf zusätzlichen Kompetenzerwerb und fördern das lebenslange Lernen. Hierdurch tragen die Freiwilligendienste zur Persönlichkeitsentwicklung bei und stärken das Interesse an gesellschaftlichen Zusammenhängen.
- Das Bundesprogramm "Menschen stärken Menschen" unterstützt Patenschaften, in denen sich Menschen für andere Menschen einsetzen wollen und in denen persönliche Beziehungen Türen zu gleichberechtigter Teilhabe öffnen. Hintergrund ist, dass manchen Menschen Bezugspersonen fehlen, von denen sie im Alltag oder auf ihrem Bildungsweg Unterstützung bekommen können. Über zwischenmenschlichen Kontakt bei ganz alltäglichen Dingen können Patenschaften diese Lücke schließen. Sie verbessern dadurch Teilhabechancen und führen zu mehr Bildungsgerechtigkeit.
- Jugendbildungsstätten und gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten sind von zentraler Bedeutung für die Kinder- und Jugendarbeit innerhalb der Jugendhilfe. Sie dienen als unverzichtbare Orte für Jugendbildung, -reisen und -erholung gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 5 SGB VIII. Viele außerschulische Bildungsangebote werden in solchen Einrichtungen angeboten oder von ihnen geleitet. Doch ihre Existenz hängt nicht nur von offiziellen Trägern ab, sondern auch von gemeinnützigen Freizeiteinrichtungen wie

Bundesjugendwerk der AWO e. V. • Michaelkirchstr. 17/18 • 10179 Berlin

Zeltplätzen oder Gruppenhäusern, die das Fundament der bundesweiten Jugendarbeit bilden. Die Fortführung des Investitionsprogramms für Familien- und Jugendbildungsstätten, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, ist dringend erforderlich. Das im Juli 2021 beschlossene Hilfspaket von 100 Millionen Euro für gemeinnützige Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen war zwar eine wichtige kurzfristige Unterstützung, um Insolvenzen zu verhindern, aber es galt nur für das Jahr 2021. Daher muss die langfristige Finanzierung solcher Programme sichergestellt werden, um die kontinuierliche Arbeit dieser Einrichtungen zu gewährleisten und damit die Zukunft junger Menschen zu fördern.

Ein starkes und gerechtes Steuer- und Finanzsystem, das auf demokratische und transparente Weise für gerechte Umverteilung sorgt und durch die Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen das Gemeinwohl stärkt, ist die Voraussetzung für Wohlstand, Teilhabe und soziale Sicherheit für alle.